

Leinenzwang für alle Hunde: Bezirke halten den Plan für nicht umsetzbar

Für neue Auslaufflächen fehlt der Platz, für die Kontrolle ist kein Personal da

Anfang des Jahres hat die Senatsumweltverwaltung bei den Bezirken im Ostteil der Stadt nachgefragt, ob sie bereit wären, weitere Hundenauslaufgebiete einzurichten. "Die Reaktion war meist ablehnend", hieß es am Dienstag im Aktionsbüro "Saubere Stadt". Es wurde gerade mal ein Gebiet in Pankow gefunden. "Wir haben zuwenig Grünflächen, um sie für Hunde reservieren zu können", sagte etwa Andreas Geisel (SPD), Grünstadtrat in Lichtenberg, am Dienstag. In Prenzlauer Berg werde überlegt, im Mauerpark ein "schmales, aber langesgezogenes" Hundegebiet einzuzäunen, so Landschaftsplanerin Eva Butzmann. Mehr sei schwierig. In Friedrichshain wurden die beiden einzigen Gebiete sogar wieder zurückgenommen, weil sie, so die Verwaltung, nicht ausreichend genutzt worden seien.

Wenn vor allem die östlichen Bezirke nicht bereit sind, mehr Auslaufgebiete zu schaffen, ist ein wesentlicher Bestandteil des am Montag im Innenausschuß des Abgeordnetenhauses beschlossenen Hunde-Kompromisses gefährdet. Die Große Koalition will, wie berichtet, einen generellen Leinenzwang für Hunde einführen. Im Gegenzug soll es dafür mehr Areale geben, wo die Hunde frei herumlaufen können. In jedem Wohnbezirk müßte es eine solche Fläche geben, fordert Carola Ruff, Sprecherin des Tierschutzvereins. Sie müßten von jeder Wohnung aus zu Fuß erreichbar sein. "Für jeden Kiez müßte es mindestens ein fußballfeldgroßes Areal geben", fordert sie. Sonst würden Hunde, die ständig an der Leine geführt werden und sich nicht austoben können, aggressiv, warnt sie.

Unklar ist ebenso, wer den generellen Leinenzwang kontrolliert und erzwingt. "Die Durchsetzbarkeit ist schwierig", räumt Christoph Abele, Sprecher der Senatsgesundheitsverwaltung, ein. Die für die Überwachung zuständigen Grünflächen- und Veterinärämter dürften zwar Bußgelder verhängen, wenn der Hund nicht angeleint ist. Aber um die Beamten "auf die Straße zu schicken, haben wir zuwenig Personal", sagte der Weddinger Baustadtrat **Bernd Schimmler** (SPD). Die einfachen Angestellten dürften ohnehin nur die Hundebesitzer ermahnen, ihre Tiere anzuleinen das darf jeder andere Bürger auch. Das Recht, Personalien für eine Anzeige aufzunehmen, hat nur die Polizei. Sollte der Leinenzwang kommen, werde man "im Rahmen der normalen Streifentätigkeit" auch darauf achten, hieß in der Innenverwaltung.

Allerdings ist bereits der geltende Leinenzwang in Parks kaum durchzusetzen. In Lichtenberg war die Polizei Ende Februar einmal zwei Wochen im Fennpfuhl-Park im Einsatz. Anwohner hatten sich über die Hunde beschwert. Das Resultat: 35 Verwarnungen ß 60 Mark. "Dauerhaft bringt das aber keinen Erfolg", sagte Baustadtrat Geisel.

Berliner Zeitung vom 10.03.1999